

Die Constitution.

Tagblatt

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Verantwortlicher Redakteur:

L. Häfner.

Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redakteure:

M. Grigner. L. Haut.

N^o 108.

Wien, Mittwoch den 2. August

1848

(Wien. Reichstags-Sitzung vom 1. August 1848.)

In der heutigen Sitzung sucht Abgeordneter Potocki die Frage anzuregen, ob Krakau ein eigenes Gouvernement bilde, oder welchem es angähöre. Ferner will er gegen allen parlamentarischen Vorgang heute erst in das Protokoll von gestern einen Protest gegen die Art der gestrigen Verhandlung aufgenommen wissen. Die Möglichkeit, Scenen herbeizuführen, wurde jedoch durch Uebergehen zur Tagesordnung abgeschnitten.

Es werden die gewählten Mitglieder des Constitutionsauschusses verlesen. Ihre Namen sind:

Niederösterreich: Fischek, Bioland, Goldmark.

Oberösterreich: Fischer, Lasser, Bacano.

Salizien: Zachimowicz, Biemialkowski, Smolka.

Mähren und Schlesien: Gain, Mayer, Trifalik.

Böhmen: Palacky, Pinkas, Rieger.

Steiermark: Miklositsch, Krainz, Cavalcabo.

Illyrien: Kautschitsch, Scholl, Ambrosch.

Küstenland: Gobbi, Madonizza, Goriu,

Tyrol: Lumko, Dretschner, Rog.

Dalmatien, dessen Abgeordnete noch nicht erschienen sind, ist bei einem Werke von solcher Wichtigkeit gar nicht vertreten.

Wiesenaueer fragt das Ministerium, ob es von einem Artikel Kenntniß habe, der in der österr. deutschen Zeitung vom 28. einen Minister in frecher Weise angreife, und am Schlusse entweder Vorladung vor das Preßgericht, oder des Angegriffenen Austritt fordere. Er erbitte sich vom Ministerium Auskunft über das in dieser Beziehung Befügte.

Schwarzer, als der fragliche Minister, erklärt, er habe das Nöthige beim Preßgerichte bereits veranlaßt. Er halte die Angelegenheit nicht für geeignet zur parlamentarischen Debatte, ersucht jedoch den früheren Minister Pilleksdorf, öffentlich zu erklären, in welchem Verhältnisse er zu ihm gestanden habe.

Dieser erklärt, er kenne den fraglichen Artikel nicht, könne daher auf die Details nicht eingehen. Wenn aber wegen einer, die frühere Redactionsführung des Ministers betreffenden Anschuldigung vielleicht die Frage sei, so müsse er die entschiedene Erklärung geben, es sei niemals einem Organ der Presse ein Antrag gemacht worden, das Ministerium zu vertreten. Noch weniger habe man jemals auch nur entfernt den Gedanken gehabt, dafür eine Vergütung anzubieten.

Finanzminister Kraus erklärt, daß niemals aus der Staatscasse eine Unterstützung erfolgt worden sei.

Sierakowski stellt eine Anfrage an den Justizminister. Der Appellationspräsident Kropwald habe seinen unter stehenden Beamten mit Gehaltsentziehung gedroht, wenn sie in die Nationalgarde eintreten würden. Er besitze das betreffende Actenstück und ersuche mitzutheilen, ob der Minister davon Kenntniß habe.

Justizminister Bach erklärt, daß er erst durch den ehrenwerthen Abgeordneten Kenntniß von diesem Vorfalle erhalten habe. Es sei übrigens die Pensionirung des Appellationspräsidenten in Frage, bereits eingeleitet. Der Minister werde sich unverweilt informieren und sodann Näheres mittheilen.

Neuwall stellt eine Anfrage an den Finanzminister, welche in der Art ihrer Fassung beweist, daß er von der Amtsgewalt eines verantwortlichen Ministers sehr ausgedehnte Begriffe habe.

Kraus erklärt, daß er in Finanzfragen nie sofort und ohne Vorlagen Auskunft geben könne, daß im Budget auf alle möglichen Reductionen Bedacht genommen sei.

Vom Arbeitsminister Schwarzer will Neuwall Auskunft über die Weise, wie es mit der Miete mehrerer Gebäude zu früheren Staatszwecken, woran erspart werden könne, gehalten werden solle.

Schwarzer erbittet sich die Frage schriftlich, und wird morgen darüber Auskunft geben. Langie fragt beim Finanzminister an, wie es komme, daß Krakau seit Aufhebung der Republik bis jetzt mit der Verzehrungssteuer belastet sei, da doch im Monat April bereits eine dießfällige Deputation, auf das Ansuchen um Abschaffung derselben, den Bescheid erhalten habe, eine Commission sollte sofort mit geeigneten Instructionen versehen werden.

Finanzminister Kraus erklärt, er habe von dem damals abgesendeten Hofcommissär noch immer keinen Bericht. Er habe mehrere Male bereits urgirt und trage das Ministerium keine Schuld.

Dieser Herr Hofcommissär bezieht gewiß ein rundes Sümmechen an Gehalt, ein Erkleckliches an Diäten seit so langer Zeit und wofür? für Nichtsthun! Langie wendet sich nun an den Minister des Innern. Am 26. April habe man Krakau bombardirt und ihm eine sogenannte Capitulation aufgenöthiget. Nach selber müsse Krakau den Schaden des Bombardements dem Staate ersetzen. Associationsrecht und Nationalgarde

wurde aufgehoben. Die Bürger, welche hiezu keinen Anlaß gegeben, wären zum Kaiser mit einer Bitte um Untersuchung der Angelegenheit gekommen. Am 19. Mai habe man ihnen diese und eventuelle Nachschaffensforderung zugesichert. Noch sei aber nach drei Monaten (?) keine Untersuchung eingeleitet. Er bittet daher, um einen bestimmten Antrag stellen zu können, der Minister wolle die bezüglichen Actenstücke auf den Tisch des Hauses niederlegen und ihm deren Einsicht gestatten.

Doblhoff erklärt, er habe neulich bereits Erledigung aller ähnlichen Beschwerden mit Einem Male zugesagt. Man möge ihm die nothwendige Zeit dazu gönnen und bedenken, wie kurz das Ministerium erst existire. Doch könne er bereits die Mittheilung machen, daß in der angeregten Beziehung in Krakau der Status quo 1847 hergestellt werden solle, und Ministerialrath Broniecki bereits Instructionen dazu empfangen habe.

Pillersdorf erbittet sich das Wort, da er damals noch an der Spitze des Ministeriums gestanden. Der Deputation vom 17. Mai sei am 19. Mai bereits die angeführte Zusicherung ertheilt worden, was sicher kein langsamer Geschäftsgang sei. Von da bis jetzt seien noch keine drei Monate verflossen. Da die Angelegenheit eine höchwichtige und sehr verwickelte sei, glaube er, daß ein genügendes, gründliches Endergebnis zu erzielen bis jetzt unmöglich gewesen sei. Nachlässigkeit könne daher dem Ministerium nicht vorgeworfen werden.

Langie verwahrt sich gegen die Zumuthung des Vorwurfs, kann sich aber mit bloßen Zusicherungen nicht begnügen. Weil er keine Beschuldigung ohne Überzeugung vorbringen wolle, habe er um die Einsicht der Acten gebeten, welche Bitte er heute wiederhole, da er namentlich einen für die Zukunft wichtigen Antrag zu stellen gesonnen sei.

Doblhoff erklärt, daß er sie selbst noch nicht besitze, worauf Langie sich zum Warten versteht.

Langie fordert Auskunft wegen des § 3 der Krakauer Capitulation, wonach die Nationalgarde dort vom Kreisamte und der Polizei zu purificiren sei, und deshalb in einer Kundmachung auf das Patent vom 15. März gewiesen worden. Über diesen schmählichen Act frecher Willkür, den er aus Vorlagen erwies, beliebte es ihm, Wige zu reißen.

Wir erinnern den Abgeordneten Langie daran, daß ein Volk, und selbstverständlich jedes einzelne Individuum desselben, wenn Knechtung und Unterjochung sein ewiges Klagelied ist, weinen, fluchen, Zähne knirschen, die Faust ballen, ja eher zum Schwerte greifen darf, als sein eigen Elend bewigeln. Eine solche Herzlosigkeit macht verächtlich und wir erklären offen, daß es uns sehr nahe lag, bei den auf Doblhoff's Zurückweisung des Scherzes und Hinweisung auf des Ministeriums bekannt gegebene Grundsätze, und den später von demselben Abgeordneten gesprochenen, herzlich sein sollenden Worten, die Nährungs-scene für Comödie zu halten. Mit heiligen Interessen scherzt man nicht ungestraft, die eigene Persönlichkeit richtet sich dadurch selbst. Wir hätten unbedingt erwartet, daß der Pole mindestens eben so viel Zartgefühl für seine Nation besäße, als der von seiner Sprechweise tief verletzte Deutsche.

Smolka endlich fragt wegen der Dalmatiner Wahlen an, worauf er von Doblhoff die Antwort erhält, daß einige Wahlen geschehen, die Hindernisse der Andern, bloß Mißverständnisse, ehestens gelöst sein dürften.

Nach dieser, theilweise tactlosen, Interpellationsjagd wurde zur Berathung der Geschäftsordnung übergegangen.

Niederhuber.

Verfassungstag. Sitzung vom 31. Juli. Der gefürchtete §. 34 der Geschäftsordnung war an der Berathung. Der erste Absatz desselben ging wohl unter vielen Verhandlungen, aber dennoch ohne eigentliche Kämpfe durch. Das eigentliche Feld des bevorstehenden Kampfes war der zweite Absatz, der den Verfassungsausschuß, zusammengesetzt aus je drei Abgeordneten jedes Gouvernements, von den Abgeordneten jedes Einzelnen aus ihrer Mitte gewählt, festsetzte. Lubomierski trat mit einer Abänderung auf, die das Ganze umwarf und das gerade Gegentheil des Commissionsantrages aufstellte. Er begründete seinen Antrag in ausführlicher Rede und wurde von andern galizischen und czechischen Abgeordneten unterstützt; von deutscher Seite entgegneten, nebst andern Lubomierski, Szabel, Goldmark, der den Hintergedanken der andern Seite, die Nationalitätsfrage, offen legte; endlich sprach entscheidend und schlagend Borrosch für den unveränderten Commissionsantrag und wurde von lautem und verdientem Beifalle belohnt. Seine Rede warf ein gewaltiges Gewicht in die Waagschale des Commissionsantrages; es war unverkennbar, daß die Gegner von nun an nicht mehr hofften, mit Gründen auszureichen. Von nun an mischte sich etwas höchst unangenehmes, Störendes in die Verhandlung, nemlich das unverkennbare Bestreben, die Berathung in die Länge zu ziehen, um bei der Abstimmung möglicher Weise in Vortheil zu kommen. Man sah es den vielen Amendements, die zum Vorschein kamen, unter denen Eines sogar das Loos empfahl, und den langen Reden der Abgeordneten Klauudy und Nieger deutlich an, daß sie nicht aussprachen, was eigentlich der nächste Zweck ihres Sprechens war. Wenn nicht die Weise, wie sich die verschiedenen Parteien der Versammlung kundgaben, zeichnen soll, so muß ich sagen, daß sich die Deutschen in ihrem Denken ruhig, ernst und bei der Sache bleibend gezeigt haben. Die Polen sprachen mit Feuer und Wärme; man sah es ihnen an, daß sie für ihr Vaterland kämpften und daß sie alles Ernstes meinten, es sei in ihrem Rechte nicht bloß bedroht, sondern bereits angegriffen. Dennoch mischten sie, wie Leidenschaftlichkeit immer pflegt, Sophismen unter die Wahrheit; aber sie sagten immer, was sie eigentlich wollten. Anders zumal die Abgeordneten Klauudy und Nieger. Beide kamen bis zu Beleidigungen der Versammlung, und es wäre mehr als einmal im Rechte derselben, und in der Pflicht des Vorsitzers (Strobach) gewesen, die Redner zur Ordnung zu verweisen. Niegers Rede zeichnete sich in der That durch die Masse von Unsinn aus, den er vorbrachte; da man weiß, daß dieser Mann Besseres geben kann, da er obendrein erregt war, so läßt sich ein solches Versinken unter sich selbst nur durch Voraussetzungen erklären, die dem Urtheil über den Mann keineswegs günstig sind.

Da sich's nur um die Abstimmung über das Amendement Lubomierski's handelte, so war für Nieger gar kein Grund vorhanden, auf der Begründung seines Amendements zu bestehen, die jedenfalls erst nach der Abstimmung über das Lubomierski'sche am Plage war, da die Versammlung einmal die Abstimmung über dieses verlangt hatte. Und dazu hatte sie das Recht und muß das Recht haben, weil sonst das Ergebnis der Abstimmung immer in der Gewalt der Minderheit wäre.

Das Ergebnis der Abstimmungen, man möchte wissen, warum die Kugelung verlangt wurde, fiel nach Mayers, als Berichterstatters, sehr treffender Rede für den Antrag der Commission aus.

Fern von allem Fanatism, und jede Sache nur aus dem rein menschlichen Gesichtspunkte betrachtend, darf ich vielleicht eher als irgend Jemand ein Urtheil wagen in dieser Sache. Und in diesem Geiste spreche ich es aus, daß ich die Weise, wie der Verfassungsausschuß durch gleiche Beschickung von allen Gouvernements gebildet werden soll, gerade aus dem Ge-

sichtspunkte der Nationalität für die geeignetste, für die allein gerechte halte, vorausgesetzt, daß unter der gleichen Berechtigung aller Nationalitäten, die man verlangt, nicht das Uebergewicht der Mehrzahl gemeint ist. Löhner hat eine tiefe Wahrheit ausgesprochen, daß die Mehrheit wohl das Uebergewicht des Willens, nicht aber das Uebergewicht der Gründe ausspreche; es ist daher gerecht, zumal unter Umständen, wo die Mehrheit von vorne herein nicht sowohl durch Gründe, als durch die bittere Erinnerung vergangener und durch den Schmerz gegenwärtiger Leiden beherrscht ist, den Rapport zwischen den beiden Aeußersten durch ein Mittelglied herzustellen, das die Gegensätze mildere, und den Weg zur Versöhnung anbahne. Meine Stammgenossen, ich darf es sagen, haben sich in dieser ganzen Verhandlung ruhig, leidenschaftlos und offen benommen; die eine vorgefallene Störung kann man nicht Allen zur Last legen.

Noch Eins. Es ist etwas gereizt aufgenommen worden, daß ich das Unwesen der Eintrittskarten entschieden angegriffen habe; ich kann darauf nichts anderes erwidern, als daß ich in meinem Angriff beharren werde, bis dieses schändliche Unwesen abgeschafft ist. Was sagt man dazu, wenn die Straße schon von Menschen belagert ist um Karten für den folgenden Tag, während die Sitzung noch dauert? — Ich habe es gesehen, daß um halb 3 Uhr die Gasse schon voll Menschen war. Wann wird die Versammlung ein Einsehen haben und einen Unfug abschaffen, der ihre Würde tödtlich angreift? — Weiß sie nicht, daß es eine Partei gibt, der Alles, was den Tag herabwürdigt, willkommener Stoff ist? — Ich beschwöre also noch einmal die Versammlung, hierin eine Aenderung zu treffen, eh' es zu spät ist.
E. Wintersberg.

Deutschland. Hat nicht Euer von ihnen vor noch wenigen Wochen in seiner Seelenangst gesagt, er stelle seine Krone dem deutschen Parlamente zur Verfügung? Der Braunschweiger war's. Man nennt ihn nun als vierten in dem Sonderbunde, den Preußen, Baiern und Hannover gegen die deutsche Centralgewalt geschlossen.

Wenn Champagner und Mosel ein gewisses Gesicht nicht schon zum Ueberflusse geröthet hätte, man wäre fast versucht, anzunehmen, die Scham müßte es denn doch manchmal purpuren überziehen, die Scham über Lüge und Wortbruch. Hat die Weltgeschichte den König von Preußen auf eine furchtbare Weise Lügen gestraft, als er in seinem Hochmuth sich vermaß, auszurufen: „Keine Macht der Erde soll mich zwingen, zwischen mich und mein Volk ein Stück Papier zu stellen,“ so scheint die Potsdamer Camarilla es sich jetzt vorgenommen zu haben, der Weltgeschichte, die nun die Einheit Deutschlands will, auch wieder ein Schnippchen zu schlagen und der deutschen Einheit den ganzen Apparat, der sich noch in der alten absolutistischen Numpfkammer vorfinden ließ — entgegenzubringen.

Aber noch ein zweites Mal hat der König einen Ausruf gethan, der mit dem jehigen potsdamer Treiben im geraden Widerspruche steht — es war der Ruf, der über die noch röchelnden Leichen der gemordeten Bürger hinging, „Preußen soll in Deutschland aufgehen.“ Aber Preußen soll jetzt wieder nicht in Deutschland aufgehen, weil noch ein zweiter Ruf über die noch röchelnden Bürgerleichen hinging, der nicht leicht in Erfüllung gehen will, der Ruf: „Ich stelle mich an die Spitze Deutschlands.“

Alle deutschen Demagogen und Republikaner zusammen, haben bis jetzt nichts geschrieben, was dem preussischen Königthume einen empfindlicheren Schlag versetzte, als jene drei Phrasen, wenn man den Commentar daneben hält, den die Weltgeschichte dazu macht; sie rufen den

sittlichen Ekel hervor: „Keine Macht der Erde soll mich zu einem Stück Papier zwingen,“ und man schmiedet die niedrigsten Rabalen, um von der Volksfreiheit wenigstens so viel herunter zu handeln, daß ein solches Stück Papier im Louisphilippischen Geschmacke genüge.

„Preußen soll in Deutschland aufgehen“ — aber das darf jetzt nicht sein, denn man hat auch gesagt: „Ich stelle mich an die Spitze Deutschlands.“ Diese drei Phrasen, die künftig in keinem Geschichtsbuche Deutschlands fehlen werden, empfehlen wir der besondern Aufmerksamkeit des königlich-preussischen Geschichtsschreibers Ranke.

Nicht allein, daß das Junkerthum, die Bureaucraten und die Pickelhaubenhelden, bei denen, nach Heine

In des Zopfstums neuester Phase

Der Zopf hängt unter der Nase —

gegen die deutsche Einheit mit allen möglichen Waffen kämpfen — auch die Mucker — die gottseligen, kopfhängerischen Pietisten, schickt man aus Potsdam ins Feld gegen die deutsche Centralgewalt — und sie poltern salbungsvoll dagegen, weil der Reichsverweser — ein Katholik ist!

Auch ist General v. Flottow aufgetreten und versichert auf Cavallierparole: Der Reichsverweser habe bei dem berühmten Feste nicht ausgerufen: „Kein Preußen — kein Oesterreich — Ein einiges Deutschland u. s. w., sondern: Ein Preußen, Ein Oesterreich, ein einiges Deutschland. Dem widerspricht nun aufs feierlichste eine andere Autorität: Der Gastwirth Peter Schickhausen aus Coblenz mit seinen sämmtlichen Kellnern, welche bei Herrichtung der Festlocale mitgeholfen. — Wirth und Kellner erklären schriftlich mit ihren Namensunterschriften, daß der Trinkspruch wörtlich so gelaute, wie ihn die Geschichte aufbewahrt.

Und das Volk? das Volk, welches die Rechte überall erkennt, hat geantwortet in einer großen Versammlung, wo Edgar Bauer der Hauptredner war. Er stellte all dies unsaubere Treiben mit beredten Worten vor und fragte: Was ist nun zu machen? „Eine Revolution,“ war die tausendstimmige Antwort.

In den Rheinlanden ward auch schon in einer Volksversammlung dem potsdamer Treiben gegenüber der Gedanke ausgesprochen, daß es für diese deutsche Provinz nicht gerade das größte Unglück wäre, wenn sie vom preussischen Staatsvaterlande loskäme, und die Rhein- und Moselzeitung geht in ihrer Anhänglichkeit an den Reichsverweser so weit, daß sie sagt: Er dürfe nicht „Johann ohne Land“ bleiben, und man müsse das Rheinland reichsunmittelbar machen und ihn zum Herzog darüber einsetzen — was beiläufig gesagt, eine Ungeschicklichkeit ist — denn man würde dadurch das alte Unwesen mit der „Hausmacht“ die Deutschlands Unglück war, wieder in die neue Zeit hineinrufen. Wir zittern diesen Unstimm eben nur als Beleg für die Stimmung der Rheinlande.

In Baiern, wo jüngst noch der gekrönte Partizipien-Petrarch — unter Deutschlands Deutschen der Deutscheste sein wollend — gewaltige Phrasen von Deutschlands Größe elend genug standirte — ist nun Alles still — und man hört schier in dieser Stille nur das Schäumen des Bockbiers im Keller und den Hufschlag des Courrierrosses, das fleißig den Weg nach Innsbruck hintrabdet. — Aber Lola ist in der Schweiz und

Lola's Gerte fehlend

München nicht krakehlend.

Die Partizipienzeit ist wieder in der schönsten Blüte.

Singegen ist in Hannover, gegen die rebellische Privataußerung, das Volk wie ein Mann aufgestanden — und erklärt: daß es vor der ausgesprochenen Drohung einer etwaigen allerhöchsten Reise ins Ausland, nicht im mindesten zurückschrecke — und fest an dem Grundsatz halte, daß es der Nationalversammlung zustehe, unabhängig von den Fürsten, dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben.

Mag immerhin der König von Württemberg nach Meran gehen die Wollenkur gebrauchen (Meran liegt in Tirol und in Tirol liegt auch Innsbruck) mögen immerhin zwischen Innsbruck über London nach Petersburg hin sich geheimnißvolle Fäden spinnen, — mag immerhin der General Pfuell nach Petersburg mit geheimen potsdamer Aufträgen gegangen sein und das verantwortliche Ministerium von seiner mitgebrachten Antwort kein Sterbenswörtlein wissen — was schlägt's?

Das deutsche Volk will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einheit — und wir sind weit entfernt die — Dinge selbst in Berlin — so schwarz zu sehen wie sie die dortigen liberalen Blätter in ihrem gerechten Zorn malen.

Oder sollte wirklich das Volk von Berlin so todesmuthig aufgestanden sein für das bloße Ideal der deutschen Einheit — vor dessen Wirklichkeit es nun zurück schreckt — wie die Berliner Philosophen sagen?

Das Volk von Oesterreich hat aber keine Philosophen die ihm seine Gefühle mit Theorien abfühlen, — das Volk von Wien hat mit jugendlicher Gluth die Idee der Freiheit erfaßt — das deutsche Oesterreich ist sich seines Deutscheins lebendig bewußt, — und sollte es Noth sein, wird Wien noch als letzter aber sicherster Hort der deutschen Freiheit und Einheit glänzen.

R—st.

Revolution und Reaction.

Das sogenannte Recht kann in zwei Theile getheilt werden. Der eine ist das Unrecht, das in jedem Menschen durch seine Existenz bedungen und ganz unabhängig von allen bestehenden Gesetzen und Einrichtungen ist. Das Unrecht ist der Anspruch auf volle Befriedigung der geistigen und körperlichen Bedürfnisse des Menschen in ihrem ganzen Umfange. Der andere Theil ist der in der menschlichen Gesellschaft entstandene und von ihr als solcher anerkannte Rechtsbegriff, das bestehende Recht. Das letztere jedoch faßt eine Menge von Verstößen gegen das Unrecht in sich, von Rechtsungleichheiten, die sich nach und nach im Laufe der Jahrhunderte einschlichen, und durch die Macht der Gewohnheit zum Rechte wurden. Unter diese Rechtsungleichheiten sind hauptsächlich Geburts-, Standes- und Religionsvorrechte zu zählen, die doch gewiß auf fallend gegen das Unrecht verstoßen. Die menschliche Gesellschaft hat ihr höchstes Ziel in dem Augenblicke erreicht, wo bestehendes Recht und Unrecht vollkommen in einander aufgegangen sind. Das ist das schöne Ziel aller unserer socialen Bestrebungen und deshalb ist der Einzelne nicht nur berechtigt, sondern er ist verpflichtet, jene Rechtsungleichheiten, so bald sie ihm als solche klar geworden, mit Aufwande aller seiner Kräfte hinwegzuräumen, und selbst mit Gewalt die eigentliche wahre Rechtsgleichheit herzustellen, die die Gleichheit vor und in Rechte bezeichnet. Das bestehende Recht ist, sobald es mit dem Unrechte im Widerspruch steht, ein Unrecht, und dieses muß aus der menschlichen Gesellschaft, wenn sie anders die Sittlichkeit als ihr höchstes Princip anerkennt, ausgerottet werden. Diese Ausbildung des bestehenden Rechtes wird, wenn ihr nirgends entgegen gearbeitet u. sie von keinem Theile der menschlichen Gesellschaft aufgehalten würde, dem Zeitgeiste entsprechend

stufenweise vorwärtsschreiten. Wird diese friedliche Reform von einer Partei zurückgehalten und verhindert, so legt diese Partei, die Reaction, hiemit den Grundstein zur Revolution. Aus der durch die Existenz der ersteren hervorgerufenen stitlichen Nothwendigkeit der letzteren folgt, daß „immer und ohne Ausnahme das Recht auf Seite der Revolution, das Unrecht auf Seite der Reaction steht.“ —

Die Revolution ist der Kampf um Ausbildung der Rechtsgleichheit, ein Kampf des wahren Rechtes gegenüber dem falschen, die Reaction führt den Kampf des falschen Rechtes gegenüber dem wahren. Dieser letzte Kampf ist, sobald er gewaltsam auftritt, die Gegen-Revolution. Reaction ist immer vorhanden, weil bei jeder Aenderung des gesellschaftlichen Zustandes (und dieser ist ja der Ausdruck des herrschenden Rechtsbegriffes). Einzelne in ihren bisherigen Vortheilen verkürzt werden, und diese Einzelnen jene Aenderung zu verhindern suchen werden. Diese Empörung ist aber eine völlig unsittliche, und muß darum immer gegen die Macht der Wahrheit unterliegen. Die Gegen-Revolution kann höchstens augenblicklich, nie aber wirklich siegen. Der Revolution ist der Siegeslorbeer ohne Ausnahme gewiß; und diese Gewißheit ist es, die den nach Wahrheit ringenden Menschenfreund erhebt, ihn in allen politischen Zuständen aufrecht hält und vorwärts drängt, obschon er immer die Revolution bedauern wird, nicht weil sie da ist, sondern weil sie nothwendig geworden. — Sobald die Reaction nicht zur Wirkung kommt, so geht die Reform ihren friedlichen Weg, die Revolution ist unmöglich, und jede Empörung gegen den bestehenden Rechtszustand ist Rebellion. Diese ist aber unsittlich, weil sie in den ungehemmten Ausbildungsgang des Rechtes störend eingreift, und hat deshalb die gleiche Zukunft, wie die Reaction: sie unterliegt der wahren Macht des wahren Rechtes! —

Griener.

(xyz) Prag, 30. Juli. Unser Trifolium der Aristokratie Windischgrätz, Thun und Wurmbbrandt spielen noch immer Reaction. Windischgrätz ist nun einmal von der fixen Idee einer weitverzweigten Verschwörung nicht zu befreien und amtirt noch immer auf dem Prager Schlosse, wenn auch alle Placate das Gegentheil behaupten. Im Verlaufe dieser Tage wurden mehrere Studenten der Slavia, die mit ihren Abzeichen erschienen, verhaftet. „Das ist Zells Geschoß.“ Man rechtfertigte das Verfahren später damit, es müsse jeder, der die Abzeichen einer Burschenschaft trägt, einen Legitimationschein bei sich tragen, daß er zur Burschenschaft gehöre. Es lebe der Erfinder dieses neuen Pafwefens. Wenn wir in Prag auch ganz reaktionär werden, und uns freudig der Constitution vom 25. April in die Arme werfen wollten, wir waren noch nicht ans Ziel unserer Reise, wir müssen zurück bis vor den Märztagen, um unsere Zustände verstehen und begreifen zu lernen. Nur vom Schreibpulte der Redaktionen stehen die Kanonen des Prager Schloßes abgewendet, aber das freie Associationsrecht ist hier faktisch vernichtet, die persönliche Freiheit nicht garantirt. Gestern wurden hier die Kanonen wieder auf ihren alten Posten auf gepflanzt, wo wir sie seit mehren Tagen freudig vermiften, und die Soldaten fasten auf die folgenden zwei Wochen Lagerstroh, Heu, Holz u. Werden die Befehle des Ministeriums so respectirt, so fragen wir einfach, ob es die Nothwendigkeit nicht dringend gebietet, daß Windischgrätz seines Amtes entsetzt werde. Der Glaube an die

weltberühmte weitverzweigte Verschwörung wird täglich mehr zum Aberglauben, indem die meisten der in Untersuchung befindlichen Inculpanten bereits ihrer Haft entlassen. Gestern Abend wurde sogar Graf Vouquoi frei und reiste sogleich nach Dresden. Fister und Willani bleiben noch allein als Stützen der weitverzweigten Verschwörung übrig. Fister und Willani — ein Bierwirth und ein Willani. *Risum teneatis amici.* Nur eins haben wir der Belagerung zu verdanken, daß das Nanettenfest durch zahlreiche Militär-Musikbanden verherrlicht wurde und doch wurde es im vorigen Jahre fröhlicher gefeiert. — Heute theilt uns die Prager Zeitung zwei Briefe des Herrn Grafen Thun und des Herrn Ministers Doblhoff mit, die von einer fabelhaften Unverschämtheit des Erstern ein glänzendes Zeugniß geben. Graf Leo Thun erdreistet sich, vom Ministerium zu verlangen, man möge ihm eine Quasi-Chrenereklärung geben; er habe nie anders als im Sinne des vorigen Ministeriums gehandelt und wolle daher, das Ministerium möge den Grund seiner Amtsentsetzung angeben. Minister Doblhoff antwortet einfach, daß der Subernalpräsident wohl nie anders als im Sinne des Ministeriums handeln darf und soll, daß er aber eben deshalb mit dem Ministerium zugleich fallen müsse.

Zugleich hebt Graf Thun seine unverletzte Pflichttreue hervor. Die ganze Bevölkerung Prags ließt heute mit Erstaunen und Entrüstung dessen Brief. Es giebt im ganzen Böhmerlande, in der ganzen Monarchie, ja im ganzen deutschen Vaterlande Niemanden, der den Grafen Leo Thun nicht für einen Verräther hält, mit Ausnahme des Fürsten Windischgrätz und er ist so schamlos, sich auf seine Pflichttreue zu berufen, wohl, dann bleibt nur das Eine Mittel, den Grafen zur Selbsterkenntniß zu bringen; man wird ihn in den Anlagestand versetzen und der Reichstag wird ihm das „Schuldig“ entgegenbrüllen müssen, damit der, der taub ist für die Stimme des Volkes, zittern lerne vor dessen Majestät. Graf Thun hat stets verlarvt gehandelt — und appellirt nun an die Deffentlichkeit — allein seine Larve hatte ernste Züge. Allein Graf Wurmbbrand, der dritte Anführer der Reaction — trägt eine komische Larve. Er ist der Hanswurst der Reaction. Er macht sich und die Reaction lächerlich, er ist nicht gefährlich, er nützt. Bald beschuldigt er die Juden, sie machen allein Geschäfte in Revolution und Republik, — bald beschuldigt er den Reichsverweser — das Ministerium — den Sicherheitsausschuß — auf die unfirnigste Weise, und nun sticht ihn gar die Larantel in der Prager Zeitung, ohne alle Veranlassung selbst zu erklären, er bedaure, nicht der 68. gewesen zu sein von denen, die um Verlängerung des Belagerungszustandes gebeten und erhielt den 67. folgenden weisen Rath: Sie mögen die bekannte Adresse ein wenig ändern, ihre Namen veröffentlichen und sie werden sehen, wie viele Tausende die Adresse noch jetzt unterfertigen werden.

Ueber die Zukunft der Herrschaftsbeamten.

IV.

Die Erörterungen über die künftige Gestaltung der öffentlichen Geschäftspflege, namentlich der Justiz, führen von selbst auf die Würdigung eines darnach in seinem Umfange bedingten Erwerbszweiges, wovon, dem Vernehmen nach, manche der bisherigen Landbeamten sich viel versprechen, nämlich die Parteienvertretung und die Schriftenverfassung.

Allerdings wird hinsichtlich der Vertretung vor Gericht schon einmal ein ganz neues Feld eröffnet werden, nämlich die mündliche Vertretung in Straffällen, und zwar in allen Abstufungen derselben, auch bei den bisher sogenannten schweren Polizeübertretungen und Polizeivergehen.

Es wird auch die Vertretung in Civilstreitigkeiten im Allgemeinen an Ausdehnung gewinnen. Bekanntlich kamen bisher in vielen Gegenden bloß einfache Klagen wegen Darleihen, Kauffchillingbreiten oder Forderungen aus Erbtheilungen vor, worüber nur hinsichtlich der Zahlungsfristen eine Ausgleichung zu treffen war. Als förmliche Prozesse wurden höchstens einige Paternitätsgeschichten oder Entschädigungsansprüche wegen körperlichen Verletzungen durchgeführt. Zahllose derartige und andere Streitfachen, z. B. wegen Grenzverrückungen, in Folge von Ausfahrungen, machte man gar nicht anhängig, oder man stand wieder ab, oder man fügte sich auch dem unbilligsten Vergleichsantrage eines hartnäckigen Gegners, oft, weil bei dem langweiligen Gange des Verfahrens ohnehin kein Ende abzusehen war, oft weil man sicher annehmen konnte, daß der Endspruch auch dem gewinnenden Theile seine Kosten unersicht ließ, welche Kosten auf dem Lande, wegen der Meilengelder für Zustellungen, so wie der Reiseauslagen der vom Gerichtsorte entfernten Vertreter, unverhältnißmäßig anwachsen mußten, ja nicht selten beharrte eine Partei bloß darum nicht auf einer Verhandlung und Entscheidung, weil sie den zur Ausgleichung oder sonstigen Erledigung berufenen Beamten, von dem sie in anderen Beziehungen wieder abhängig war, nicht belästigen und aufbringen wollte.

Für die Zukunft ist nun aber Beschleunigung und Vereinfachung des Processes zu hoffen; die Partei kann der Verhandlung mit mehr Fähigkeit einer Controße und mit gestärkter Zuversicht auf einen entsprechenden baldigen Erfolg beiwohnen, insbesondere werden auch bei einer Regulirung des Tax- und Sportelwesens, bei der Anstellung mehrerer Rechtsfreunde unmittelbar an den Gerichtsorte weniger Kosten aufaufen, auch wird der Gegner in dieselben eher verfaßt werden, falls er muthwillig streitet, was beim mündlichen, öffentlichen Verfahren wirkamer gerügt werden kann. Wächst nun mit dem Aufhören der Grundlasten des Landmannes auch sein Wohlstand, so sind jene Auslagen für ihn weniger empfindlich, und wächst sein Interesse an dem sohin freien Besizthume und der Ursprung seiner Rechte im Allgemeinen, so nimmt auch, so wie schon überhaupt im öffentlichen Leben die Streitelust zu, und läßt sich auch durch Rücksichten auf Beamte nicht mehr beirren, sobald der Unterthanverband gelöst ist, sobald Civil- und Strafsjustiz, und Justiz und politische Geschäftsführung getrennt sind. — Schon jetzt bemerken wir z. B. in Tirol und im Lande ob der Enns, wo die vorangedeuteten Verhältnisse vorherrschen, weit mehr Civil-Processe, — dagegen aber auch, nebenher gesagt, weniger Straffälle, — als in anderen Ländern des Kaiserstaates.

Ich möchte übrigens, des Vorausgeschickten ungeachtet, den bisherigen Herrschaftsbeamten doch nicht rathen, große Hoffnungen auf eine ergiebige Ausbeute von dieser Geschäftsführungen zu bauen.

Ich berücksichtige einmal die Concurrenz beim fraglichen Erwerbe. Da zweifle ich nun nicht daran, daß öffentlich angestellten Beamten die Theilnehmung bei solchen entgeltlichen Verwendungen für Parteien beinahe durchgängig verwehrt werden wird. Man dürfte im constitutionellen Staate einmal darauf sehen, daß jeder Beamte durch zureichende Bezüge für seinen anständigen Unterhalt gedeckt ist, und bei Fällen eines unverschuldeten Unglückes auf eine entsprechende Anstalt rechnen kann. Weiteres wird man besonders die Unparteilichkeit und Unbefangtheit der Angestellten gewahrt wissen wollen, welche Eigenschaften bei Verfolgung von Privaterwerbszwecken häufig gefährdet sind. Endlich wird die Zuweisung der Arbeiter an die Einzelnen schon von der Art sein, daß sie keine ganze Zeit in Anspruch nimmt, und er also schon darum einen zweiten Herrn nicht mehr dienen könnte. Die Erörterung, wie durch Vereinfachung der öffentlichen Geschäfte doch die Anstellungen und mithin auch die Auslagen für selbe nicht vermehrt

würden, gehört nicht mehr hierher, unser Zweck führt auf die Würdigung, wie es mit der Zulassung anderwärtiger Bewerber, als öffentlicher Beamten, zur Vertretung und Schriftverfassung fernerhin aussehn wird.

Zweierlei Grundansichten herrschen vor, von denen man bei Regelung der fraglichen Verhältnisse auszugehen pflegt. Man bevormundet entweder die Parteien, oder man läßt sie gewähren. Im ersteren Falle sucht man durch ausschließliche Zuweisung der Vertretungen und Urkundenverfassungen an, der Zahl nach bestimmte Advocaten und Notare, von denen man strenge Prüfungen, Praxis, Cautionen u. c. fordert, die Interessenten zu schützen, im zweiten stellt man es ihnen ganz anheim, die Spreu vom Weizen zu sondern; man läßt sie in der Unbeschränktheit der Wahl, wem sie sich anvertrauen wollen und in der Sicherung vor manchen lästigen Folgen der Monopole Ersatz für einzelne mögliche Gefährdungen durch Unkenntniß und Mißbrauch finden. Bei der Hinneigung der neueren Gesetzgebungen zur Gewerbefreiheit überhaupt dürfte auch bei uns annehmen sein, daß man den Andrang zu Vertretungen durch Erleichterung der Bedingungen hierzu bedeutend begünstigen wird. Nähere Anhaltspunkte geben schon das Preßgesetz, der Entwurf zum Verfahren in anderwärtigen Straffällen, das Gesetz über die summarische Behandlung von Civilrechtsfällen, wornach die Vertretung und das Einschreiten im Vollmachtsnamen an so wenige Bedingungen gebunden ist.

Vor diesen Betrachtungen über die zukünftige Concurrenz bei solchen Geschäftsführungen will ich zur Erörterung der mutmaßlichen Höhe des Verdienstes übergehen. Ich glaube, daß derselbe trotz der mehreren Fälle, wo er eintreten wird, doch wegen der Geringsfügigkeit in so vielem Einzelnen, im Ganzen nicht so lohnend sein dürfte. Zur Geltendmachung von liquiden Schuldforderungen und zu deren Hereinbringung im Executionswege dürften in Zukunft ungleich weniger und so einfache Schritte vorgezeichnet werden, daß man dafür unmöglich viel wird aufrechnen können. Eben so dürften Curatelen aller Art, bei Verlassenschaftshandlungen, wegen Abwesenheit, über Concurmassen u. c., wohl häufiger werden und auch Bevollmächtigungen zum Einschreiten bei der größeren Entfernung der Parteien von den schon dünner angebauten Gerichtsorten sich mehreren, man wird jedoch für seine Mühewaltung auch wieder wegen der gesetzlich bedingten größeren Einfachheit derselben sicher nicht Anforderungen, gleich den jetzigen, stellen können. Weit einfacher, also auch mit weit weniger Anspruch auf Entgelt, werden auch so viele Urkunden zum Behufe der Uebertragung des Besizes von Realitäten oder der Befastung derselben, über Erbschafttheilungen u. c., zu verfallen sein, wo es bisher hauptsächlich darauf ankam, die Entrichtung der Veränderungsgebühr, des Sachfundgelbes, des Mortuars zu umgehen oder weniger empfindlich zu machen.

Zum Schlusse kann ich mich der Hinweisung nicht erwehren, daß die öffentliche mündliche Verhandlung mancher Civil- und Strafrechtsfälle einen schnellen Ueberblick, eine gründliche Gesehkenntniß, eine Geistesgegenwart und eine Gewandtheit erfordert, die man bei mancher jetzigen — städtischen und ländlichen Autorität — vermissen wird, wenn es gilt, seinen Vortrag einer fremden unabhängigen Critik zu unterziehen. Viele sind berufen, aber wenige aukermählt, wird es heißen.

Demungeachtet zweifle ich nicht, daß immerhin ein großer Theil der jetzigen Herrschaftsbeamten durch Vertretung, Advocatie und Agentie aller Art sein Fortkommen finden, daß ihm der bisherige Unterthan fortan sein Vertrauen zuwenden und sich dabei nicht getäuscht sehen wird.

Wien, den 28. Juli 1848.

Freimüthig.

Die liberale Partei, welche die Durchführung ihres Programmes durch die Kriegsgelüste des Innsbruckfreundlichen Ministeriums gefährdet sieht, ruft jetzt die Sympathieen der großen Massen an und appellirt, so zu sagen, an das Rechtleichtheitsgefühl, das am reinsten eben nur im Volke lebt — um die Ehre des ritterlichen Ungarnnamens zu wahren. Der Beschluß, außer den bereits in Italien kämpfenden 20,000 Soldaten weitere 30,000 zur Wiedereroberung des Landes „wo die Citrone blüht“ her zu leihen — dieser ministerielle Menschenhandel hat aller Orten eine nicht geringe Entrüstung hervorgerufen.

Der Gleichheitsclubb in Pesth hat deshalb folgende Proclamation „an die Italiener“ zu erlassen beschlossen:

„Der ungarische Gleichheitsclubb an die für ihre Freiheit kämpfende italienische Nation! Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Italienische Brüder! Die ungarische Nationalversammlung hat beschlossen, nachdem der Friede in Ungarn wieder hergestellt ist, Oesterreich gegen Euch Hilfe zu leisten, für den Fall, daß Ihr einen für Freiheit und Nationalität sicher stellenden Frieden zurückweisen solltet. — Brüder! Es könnte leicht geschehen, daß die immerthätige Böswilligkeit diesen Beschluß im entstellten Sinne zu Euch gelangen ließe und dadurch der Samen des Hasses und der Zwietracht zwischen zwei Nationen ausgestreut würde, welche ein gleiches Freiheitsgefühl, ein gleiches Streben nach Unabhängigkeit auf das Innigste mit einander verknüpft und zur Freundschaft der aufrichtigsten Reciprocität ihrer nachbarlichen Interessen hinweist. — Brüder! wir halten es für unsere Pflicht, Euch zu versichern, daß wir Ungarn mit Euch, die Ihr berufen seid, Italiens einstigen Ruhm und seine frühere Macht in dem Zaubergrabe der Freiheit wiederherzustellen, durch die heiligen Bande der Freundschaft bleibend vereint zu werden wünschen. Wir Ungarn wollen Euch, unsern Brüdern, die Ihr für Eure Freiheit und Unabhängigkeit kämpft, nicht mit den Waffen in der Hand und unter Kanonendonner Friedensbedingungen dicitiren lassen. — Wir wünschen wohl in Euerem Interesse den Frieden, aber nur einen solchen Frieden, der Eure nationale Unabhängigkeit und Freiheit, die als heiligstes Eigenthum der Völker auch uns stets heilig sein werden, nicht im Entferntesten verlegt. — Ungarn wird nie die Liebe zur Freiheit und die Achtung vor der Unabhängigkeit was immer für einer Nation aus den Augen verlieren, weil die ungarische Nation viel zu edel ist, als daß sie sich zum Henker ihrer für die Freiheit kämpfenden geliebten Brüder gebrauchen ließe. Wir ehren Italiens großes Volk und sind überzeugt, daß, während Ihr Eure Freiheit zu erkämpfen, Eure Grenzen und Eure Unabhängigkeit schirmen wollt, Ihr zugleich die Vorkämpfer der Freiheit anderer Nationen und der europäischen Civilisation sein werdet. — Nehmt diese freie Erklärung des ungarischen Gleichheitsclubbs, der, durchbrungen von den erhabenen Ideen der Zeit, die Sympathie der ungarischen Nation für Euch mutbig, offen und frei ausdrückt, im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!“

Der Inhalt ist eben kein Muster weder der Beredsamkeit, noch politischen Scharfblickes — aber als Zeichen der Zeit und der ungarischen Zustände beachtenswerth.

Beim Ministerium sind Depeschen eingelaufen, welche die Nachricht bringen, daß die „römischen Schanzen“, hinter welchen die Serben eine feste Position eingenommen hatten, von regulären und freiwilligen ungarischen Truppen neuerdings gestürmt und endlich genommen worden sind. Der Verlust soll auf beiden Seiten ein trauriggroßer gewesen sein. Man spricht von nahe an 2000 Todten, Unseliges Verhängniß!!

Vereinigte Staaten von Deutschland. Wien, 31. Juli. Der Handelsminister Hornbostel ist nach Innsbruck zum kais. Postlager abgegangen, um die Contra-Signatur der Edicte als verantwortlicher Minister zu besorgen. Der Gemeindevorstand hat am 29. Juli eine Adresse an die italienische Armee erlassen.

Beim Magistrat ist bereits über 18 Individuen die gesetzliche Strafe wegen Uebertretungen des provisorischen Pressgesetzes verhängt worden.

Triest, 28. Juli. Das Geschäft beginnt allmählig sich günstiger zu gestalten. Die Preise aller Waren sind fest. Mehrere Artikel sind aufgeschlagen, andere werden es. Warenvorräthe gering und viel. Artikel ganz vergriffen.

Frankfurt, 26. Juli. In der 48. Sitzung der Nationalversammlung wurde die Posener Frage behandelt. Ruge beantragt die Vermittlung mit Gutheissen des englischen und französischen Cabinets durch einen Congress. Die Debatte wurde nicht geschlossen.

In der 49. Sitzung zu Frankfurt wurde beschlossen, daß diejenigen Theile von Posen, welche dem deutschen Bunde am 22. April und 2. Mai einverleibt wurden, durch die zugelassenen 12 Abgeordneten gültig zu vertreten seien.

Berlin, 29. Juli. Der deutsche Sonderbund ist geboren!!

Die Cabinette von Preussen, Hannover und Baiern haben eine Tripelallianz zur Wahrung der Souveränität gegenüber der Centralgewalt und dem deutschen Parlament geschlossen.

Stuttgart. Der König ist nach Meran zur Molkenkur abgereist und der Kronprinz hat die Leitung der Regierungsgeschäfte übernommen.

Vereinigte Staaten von Ungarn. Budapest. In der 29. Sitzung im Repräsentantenhause wird der Antrag von Bonis in der Dienstsitzung zu debattiren beschlossen.

Die Polizei ist einem Silber- und Goldmünzen-Spediteur, welcher 10 Faß Zwanziger und 3000 Dukaten nach der untern Gegend versendet hat, auf die Spur gekommen.

Urad, 24. Juli. Heute sind 300 Mann Infanterie, 24 Mann Cavallerie, Nationalgarde und 2 Kanonen unter der Anführung des wackeren Stadthauptmannes Scheinert nach Becklerel ins Lager gezogen.

Hermannstadt, 24. Juli. Heute, morgen und übermorgen finden die Wahlen für den Reichstag in Budapest abgehalten.

Französische Republik. In der Nationalversammlung vom 26. Juli war die Frage wegen Auflösung der Clubs zur Sprache gekommen — nach langer heftiger Debatte wurde die Angelegenheit der Commission überlassen.

Am 27. wurden beinahe alle Artikel des Clubgesetzes beraten, und, ohne ihre Strenge zu mildern, angenommen.

Großbritannien und Irland. Neuesten Nachrichten zufolge soll in Irland die Revolution ausgebrochen sein und in einer Schlacht gesiegt haben. Alle englischen Truppen sind vollkommen geschlagen. Wir haben einen solchen Kampf auf Leben und Tod, vorausgesehen.

Notizen.

Jeder Staatsbewohner besitzt unveräußerliche staatsbürgerliche und politische Rechte; diese können beim Militär nur insofern beschränkt werden, als zur Erreichung des Zweckes des Militärstandes unumgänglich notwendig ist. Daraus entspringen die Militärgesetze; diese müssen scharf gezeichnet und definiert werden.

Für das Militär gebe es bürgerliche und rein militärische Gesetze; im ersten Falle unterstehe es den bürgerlichen, im zweiten Falle den Militärbehörden und Gerichten, sonst gibt es für ihn keine Rede- und Pressfreiheit, kein Associations- oder Wahlrecht etc.

Zu diesem Zwecke scheidet man vor allem die bürgerlichen von den Militärgesetzen, wie sie jetzt vereinigt sind. Zu reinen Militärgesetzen zähle man bloß die Reglements, Kriegsartikel, Satzungen, Militär-Strafgesetze und sonstigen für die übrigen Staatsbürger nicht verbindlichen

Systeme, Verordnungen und Befehle; diese müssen jedoch dem Zeitgeist gemäß umgeändert und vieles davon selbst der bürgerlichen Jurisdiction der Geschwornen-Gerichte überlassen werden, als: Hochverrath, öffentliche Gewalt, Mord, Diebstahl u. a. m.

Alle übrigen Gesetze zähle man zu den bürgerlichen, als: die Vorschriften über letztwillige Anordnungen, Abschließung der Ehen, Contrahierung von Darlehen, die Gesetze über Mauth, Zollordnung, das bürgerliche Recht der k. k. Armee, die Vorschriften über das Verfahren bei Rechtsstreitigkeiten u. s. w.

Die jetzt im Gesetze begründete Rechtsverschiedenheit und Absonderung des Militär- vom Civilstande, kann in dem Verhältnisse, wie es jetzt bestand, nicht bestehen, ohne das Militär aller staatsbürgerlichen und politischen Rechte zu berauben.

Sind die rein militärischen Gesetze von den bürgerlichen getrennt, sind beide ihren natürlichen Richtern untergeordnet — dann erst kann eine auf festen Grundlagen gestützte Reform der Armee vorgenommen werden.

Zara, den 24. Juli.

Ein Hauptmann im Infanterie-Regiment
Nr. 22.

Im hiesigen ungarischen Gardehause hält ein Comité des hiesigen Offiziercorps seine Sitzungen. Die Tendenz dieses Comité's ist die Wahrung der militärischen Standesehre gegen Berührung von Seiten der Presse. — Der Präsident, Oberst Schön vom Pioniercorps, stellte diesem Comité den Antrag: Das Offiziercorps der hiesigen Garnison möge dem Baron Jellasić ihre Sympathie dadurch an den Tag legen, daß sie in Pleno demselben ihre Aufwartung machen. Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage übereinstimmen, also Jellasićaner sein wollen, mögen in Saale rechts treten, die Gegner links. Sämmtliche anwesende Offiziere, machten hierauf: „zieht Euch rechts!“ und nur ein einziger, die königl. ungar. Leibgarde repräsentirender Lieutenant — wenn ich nicht irre — Perczel, blieb vereinzelt auf der Linken und protestirte gegen diese offene Demonstration gegen Ungarn und seinen König. — Die sämmtlichen Leibgardisten billigten diesen Schritt ihres Repräsentanten und sind übereingekommen, dem ungar. Minister des Krieges den Vorfall anzuzeigen, ihn dahin ersuchend: Er möge ihnen erlauben, in der Eigenschaft als Leibgardisten die Rechte ihres geliebten Königs und die Integrität ihres Vaterlandes gegen die hochverrätherischen serbo-illyrischen Feinde als Freiwillige auf den Kampfplätzen in Ungarn mit dem Schwerte zu verteidigen und wahren zu dürfen. Eljen Perczel eljenek mindnyajan!

Wir erlauben uns an den k. k. Herrn Obersten von Schön und an sämmtliche mit dem Antragsteller gleichgesinnten Herren Offiziere unserer wackeren Garnison die Frage zu stellen: Ob dieser Akt auch zur Wahrung der militärischen Standesehre gehöre? Ob eine solche Demonstration nicht ein Auflehnen gegen den König von Ungarn, zugleich Kaiser von Oesterreich, in sich begreife?

Ungarn ist von einem angezettelten Bürgerkriege schwer heimgesucht, derjenige, der die Fäden dieser Anzettelung in den Händen hält, befindet sich inner den Mauern der deutschen Metropole der Freiheit, und diese Herren geben dem Bürgerkriege ihren Beifall dadurch zu erkennen, daß sie dem diese Bluthochzeit repräsentirenden Manne ihre Huldbildung darbringen. Hiermit kündigen sie ihrem Kaiser und König den Gehorsam.

Inner Wiens Mauern liegen auch ungar. Truppen, und wir wollen hoffen, daß ihre Offiziere hiegegen geziemende Bewahrung einlegen, daß ungar. Ministerium trachten wird, derlei reactionäre Herren Offiziere mög-

licht bald aus der ungar. Linie zu entfernen, damit sie den Geist der Truppen nicht mit ihrem Gifthauche anstecken und fürder nicht das ungar. Geld als Erge beziehen.

Baron Jellachich ist gegenwärtig in Wien, die Glanzsterne Ungarns sind ebenfalls hier, um durch Vermittlung des erzherzoglichen deutschen Johanns die Mißlichkeiten zwischen den Brudernationen heizulegen. Gott gebe, daß dieser Herr Baron, in dessen Adern doch croatische — also ungarische — und Helvendblut fließt, aus seinem Traume, in dem ihn eine geheime, finstere, volksfeindliche Macht gefangen hält, erwachen und dem ungarischen Bruder, sowie es seit acht Jahrhunderten, selbst unter fremder Knechtschaft geschehen, wieder die Bruderhand bieten und auf dem Pfade der Freiheit und Gleichheit liebend der Wiedervereinigung entgegen kommen möge.

Hätten diesen ihrem Führer die hier anwesenden gleichgesinnten und gleichbefangenen Croaten und Illyrier eine Ehrenbezeugung erwiesen, so wäre es Sache gleicher politischer Farbe, es wäre eine Partei-Eulbigung gewesen und weder wir noch sonst Jemand hätte dagegen etwas einzuwenden gehabt; die Zeit und ihre Ereignisse müssen sich austoben, bis der übergetretene Strom wieder in seine Beete den Weg findet; ja wir hätten ihrer müssen als consequente Männer belobend erwähnen; aber das k. k. von den Steuern des Volkes bezahlte und erhaltene Militär darf nach den bestehenden Kriegsgesetzen keine derlei Partisans in ihrer Mitte dulden. Die Ehre des Soldaten ist heilig, und Disciplin ist dem Militärstande das Heiligste. Diese letztere rein zu bewahren, wäre die schönste Aufgabe für den k. k. Herrn Obersten von Schön gewesen. — A revoir Messieurs! (Ungarn u. Deutschland.)

Gott sei Dank, endlich ist es heraus das große Geheimniß! — Durch eine Probekäckerei und eine Probeschlacht hat der Gemeindeauschuß, laut Wiener Zeitung dato 31. Juli 1848, herausgetüpselt, daß die Bäcker bei dem gegenwärtigen Sägungs-System offenbar mit Verlust ar-

beitte — — — und die Fleischer den armen Parteien, welche nur 1 Pfd. oder gar nur 1/2 Pfd. Fleisch sich kaufen können, nothwendig Zuwage geben müssen, wenn die bedauerungswürdigen Fleischer bei 3 Stück Ochsen nicht 64 fl. 8 kr. W. W. Verlust erleiden sollen. Wir begreifen nur nicht, wie bei so traurigen Verhältnissen, die genannten Gewerbsleute Häuser erwerben, Equipagen, Gouvernanten, Hofmeister, Livreebediente, Reitpferde u. u. halten können? — Wo soll das hinaus? — Diese armen Gewerbsleute werden noch in ihren Equipagen betteln fahren, und wir glücklichen Kunden der bedauerungswürdigen Fleischer und Bäcker ihnen zu Fuß, und Mancher mit zerrissenen Stiefeln, Almosen in den borbirten Gut des Livreebedienten werfen müssen! G—ff—b—r.

Aus dem Reichstag. Es gibt Böswillige, welche anfangen, das Ministerium zu verdächtigen. Warum? Ganz einfach. Seit einigen Tagen sah man Herrn Abgeordneten Leo Neumann (Leopoldstadt) sich auf den Ministerbänken herum dehnen und mit den Ministern vertraulich sprechen. —

Warum dieß Leo Neumann that, erklärte uns ein Schwarzgelber: Bevor der präsumtive Conseilspräsident Stadion am 29. Juli gestorben, hatte L. Neumann ein Portefeuille in petto und — übte sich im Sigen auf der Ministerbank.

Gestern Abend um 6 Uhr, also noch am hellen Tage, wurde Sr. Wohlwürden, dem Herrn Pfarrer in der Alservorstadt eine Kagenmuskat gebracht, welche an Energie und Ausdauer, wie man sagt, ihres Gleichen suchen durfte. — Wie man sagt, gab zu derselben die Weigerung des Priesters Anlaß, die Leiche eines Akademikers einzusegnen und auszuläuten. — Gibt es denn wirklich noch Menschen, welche unsere Zeit ganz und gar nicht verstehen? Traurig, wenn wir nur solche Volkshirten haben sollten!

A n k ü n d i g u n g e n .

So eben ist erschienen und im **Leop. Grund'schen Bucherverlage** am Stephansplatz im Zwettelshofe zu haben:

Politisches Taschenwörterbuch

mit mehr als 4000 unentbehrlichen nur politischen Wörtern für jeden der an politischen Lecturen, Debatten und Gerichtsverhandlungen Theil nimmt, unumgänglich nothwendig aber für Zeitungsleser, Reichstagsanwohner, Rechtsparteien, Militäristen u. s. w. Von Clemens Rosenthal.

Damit dieses gemeinnützige Wörterbuch jeden zugänglich sei, ist der Preis nur 8 kr. C. M. (2—3

Etwas für Alle!

Seit längerer Zeit findet man in verschiedenen Blättern alles Lob über die gebiegene Restauration des Herrn Kunz im Reulerhofenfeld „zum grünen Baum.“ — Selbst Hans Jörgel, der große Kritiker läßt diesem Lokale volle Gerechtigkeit widerfahren, wie man aus einem Briefe von ihm, vom Jahre 1847 (15. Juli) pag. 41 und 42, sich selbst überzeugen

kann. Dieser Gastwirth per Excellence wird am Dienstag den 1. August d. J. seine Gäste überraschen durch und mit seinem bekanntschmackhaften und echten Gerstensaft aus dem von ihm neu hergerichteten großen Eiskeller. Der Hübe oder einen Wagen hat, der eile, sich Dienstag und so fort, von der schönen Gartenlokalität, von seiner bestrenomirten Küche und allen Gattungen Getränken zu überzeugen. Schreiber dieses hatte Gelegenheit, seine Lager- und Oberländer-Biere zu bewundern. Glück auf! wir wollen Nachahmung einbringen, aber kein perreat. (2—3)

Börsenbericht vom 1. August 1848.

Metall. Obligat. zu 5%	7 1/2	Anlehen vom Jahre 1834	122	Esterházy Lose à 20 fl.	22	Glognitzor Actien	96
" " 4%	62	" " 1839	82	Waldstein'sche Lose	17 1/2	Posther	64
" " 3%	44	Esterházy Lose à 40 fl.	50	Nordbahn-Actien	102 1/2	Gmundner	165
Bank-Actien	1045	Windischgrätz Lose	16	Mailänder	64 1/2	Dampfschiff	477

Man pränumerirt in Wien im Jakoberhof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redactions-Bureau, Kothmarkt Nr. 260. 2. Stock.